

Grüne kritisieren Flüchtlingslager Möhlau

Landkreis Wittenberg muß Finanzflüsse aufklären

Landkreis Wittenberg muß Finanzflüsse aufklären

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt sehen sich in ihrer Kritik am Flüchtlingslager Möhlau bestätigt, das der Landkreis Wittenberg unterhält. Dies ist das Fazit des Landesvorsitzenden Christoph Erdmenger und des Kreisvorstandsmitglieds aus Dessau Stefan Krabbes nach einem Besuch am 11. Juli 2009. Die Lagerbewohner hatten zu einer öffentlichen Begehung des Lagers eingeladen.

Krabbes zeigte sich von den miserablen Lebensumständen vor Ort erschrocken:

"Die Haus- und Wohnungstüren sind größtenteils defekt, wenn solche überhaupt vorhanden sind, manche Wohnungen haben sogar kaputte Fenster. In einer 3-Raumwohnung, die wir besichtigt haben, mußte eine 10-köpfige Familie leben. Die Flüchtlinge merken, dass sie sind von Regierung und Behörden nicht als Menschen, sondern als Problem behandelt werden. Manche Flüchtlinge leben schon seit 15 Jahren dort und haben im Lager Kinder bekommen." Sein Fazit: "Wir müssen endlich eine menschenwürdige Integration vorantreiben." Die öffentliche Aufmerksamkeit hat nach seiner Darstellung schon geholfen: "Die Heimleitung hat für den 5. August ein Fest im Lager angekündigt - mal sehen, ob bis dahin die schlimmsten Schäden behoben sind."

Unklar blieb an diesem Tag, was die Lagerunterbringung kostet und wer daran verdient. Einige Flüchtlinge berichteten, dass sie die Miete kennen, die der Landkreis Wittenberg an den Betreiber bezahlt. Diese lägen bei 20 Euro pro Quadratmeter oder mehr - ein Mehrfaches des Mietniveaus von Städten wie Wittenberg. Erdmenger: "Hier muß Aufklärung her. Es kann nicht sein, dass ein privater Betreiber auf Kosten der Flüchtlinge und der Steuerzahler Wucherpreise nimmt." In Gesprächen mit Heimleiterin und Heimbositzer waren beide nicht bereit, Stellung zu den Vorwürfen der Flüchtlinge zu nehmen.

Erdmenger kündigte an, sich an den Landrat sowie Innenminister Hövelmann wenden zu wollen. "Das Geld kommt letztlich vom Land, da kann der Innenminister nicht wegschauen."